

Mike Laufenberg / Vanessa E. Thompson (Hrsg.)

Sicherheit

Rassismuskritische und feministische Beiträge

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Mike Laufenberg / Vanessa E. Thompson

Kritik der Sicherheit Gesellschaftstheoretische und intersektionale Perspektiven

Sicherheit hat als „der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft“ (Marx 1976: 365) in jüngster Vergangenheit wieder brisante politische, öffentliche sowie sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Nicht nur mit Blick auf die überbordende Polizeigewalt in den USA, die Widerstände und Proteste für Schwarze Leben nach den Tötungen von George Floyd, Breonna Taylor und Tony McDade, welche die historisch größten anti-rassistischen Mobilisierungen auf globaler Ebene entfacht haben, sind auch in Deutschland staatliche Organisationen der Sicherheit, wie die Polizei, weiter in die Kritik geraten. Dabei weisen besonders anti-rassistische Initiativen, Organisationen sowie Menschenrechtsorganisationen seit Jahren darauf hin, dass auch in Deutschland Sicherheit und Schutz differentiell mit Gewalt und der Produktion frühzeitiger Tode (Gilmore 2007) einhergehen. Auch die Ereignisse um den rechtsterroristischen Anschlag in Hanau, bei dem neun migrantische Menschen, Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov, brutal ermordet wurden, haben erneut gezeigt, dass nicht nur das Erstarken rechtsterroristischer Tendenzen das Leben von rassifizierten und migrantischen Gruppen besonders bedrohen, sondern auch eine spätkapitalistische Sicherheitslogik, nach welcher bestimmte Subjekte und Gruppen nicht nur von den Fluchtlinien der Sicherheit abgeschnitten sind, sondern zugleich als „Gefahr“ für die öffentliche, zivile und nationale Sicherheit konstruiert und auf dieser Basis poliziert werden.¹

1 So geriet die örtliche Polizei in Hanau nach dem Anschlag unter anderem in die Kritik, weil der Polizeinotruf während der Tatzeit für die Mehrheit der Anrufer*innen nicht erreichbar war – einschließlich für den ermordeten Vili Viorel Păun, der den Täter mit dem Auto verfolgte und währenddessen mehrfach erfolglos versuchte, die Polizei zu informieren. Zudem war der Notausgang in der Arena Bar, in der der Täter weitere Menschen ermordete, verschlossen, so dass der Fluchtweg verbaut war. Dass die Polizei nach den Morden diesen wichtigen Aspekt in ihren Ermittlungen nicht berücksichtigte, bestärkte den Verdacht, dass sie über den generell verschlossenen Notausgang informiert

Seit den 1990er Jahren wird in den Sozialwissenschaften von einer *punitiven* oder *karzeralen Wende* (*punitive/carceral turn*) im neoliberalen Wohlfahrts- und Rechtsstaat gesprochen, wonach eine quantitativ und qualitativ zunehmende Versicherheitlichung gesellschaftlicher Problemlagen zu verzeichnen ist. Charakteristisch hierfür ist eine Ausweitung von Strategien und Techniken der verschärften sozialen Kontrolle und Überwachung, der Bestrafung und Einsperrung, die mit einem Rückbau sozialer Absicherungssysteme einhergehen (Belina 2010; Garland 2001; Gilmore 2007; Fassin 2013, 2016; Sudbury 2005; Wacquant 2009). Zugleich haben sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts aber auf globaler Ebene auch die Proteste und Mobilisierungen gegen diese karzerale Wende und damit gegen staatliche, legale, extra-legale und externalisierte Sicherheitspolitiken verstärkt. So sind die *Black-Lives-Matter*-Proteste (die bereits auf das Jahr 2013 zurückgehen) nicht nur entlang des Schwarzen Atlantiks (Gilroy 1993) und des Schwarzen Mittelmeers (Di Maio 2013; Smythe 2018) zu verzeichnen, sondern in transnationaler Konversation mit Protesten gegen Polizeigewalt (sowie gegen weitere Institutionen der Bestrafung und Grenzregime) in beispielsweise Nigeria (#EndSARS), Kenia sowie Kolumbien. Dabei verweisen diese Mobilisierungen und Kämpfe gegen Institutionen staatlicher und staatenübergreifender Sicherheitsregime sowie gegen extralegales Polizieren zwar auf die explizit anti-schwarzen und rassistischen Dimensionen dieser Politiken und Architekturen, können jedoch, trotz wichtiger kontextspezifischer, historischer und politischer Unterschiede, nicht komplett losgelöst von der Revolution in Ägypten in 2011, den Istanbuler Gezi-Park Protesten oder den Protesten in Hong Kong betrachtet werden. Vielmehr können wir hier einen neuen Zyklus von sozialen Kämpfen beobachten, bei dem Bewegungen sich ganz zentral, wenn auch unterschiedlich, gegen die zunehmende Polizierung und Versicherheitlichung sozialen und politischen Lebens sowie der sie flankierenden Rücknahme von sozialen Absicherungsversprechen organisieren; sie setzen sich gegen steigende Armut sowie für ein sicheres und demokratisches Zusammenleben frei(er) von staatlicher, extra-legaler und auch interpersoneller Gewalt ein.

war. Hinweise aus dem Umfeld der Arena Bar, dass dies sogar auf polizeiliche Anordnung passierte, um im Falle von Razzien Fluchtwege zu versperren, konnten (bislang) nicht bewiesen werden (siehe <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/hanau-anschlag-versaemnisse-101.html>). Überlebende des Anschlags berichten von Kriminalisierung in der Tatnacht durch die Polizei. Auch kritisiert die Initiative 19. Februar, dass Drohbriefe des Täters an die Staatsanwaltschaft im Vorfeld nicht ernst genommen wurden, und beklagen zudem die mangelnde Unterstützung durch staatliche Behörden: <https://19februar.org/2021/02/14/wir-klagen-an-ein-jahr-nach-dem-rassistischen-terroranschlag/>

Gleichzeitig verweisen diese Mobilisierungen sowie sich darauf beziehende rassistuskritische und feministische Theoretisierungen auf die eklatanten Leerstellen und Auslassungen in sozialwissenschaftlichen Verständnissen, Konzepten und Theorien der Sicherheit, indem sie auf die (historische) differentielle und selektive Funktionsweise von Sicherheit hinweisen. Postkoloniale, rassistuskritische und schwarz-politische Interventionen haben in den letzten Jahren zunehmend kritische Ansätze in der sozial- und politikwissenschaftlichen Sicherheitsforschung auf ihre Auslassungen hin befragt und aufgezeigt, dass sie die Zentralität von kolonial-rassistischer Gewalt und ihren Kontinuitäten für die Entstehung und Implementierung von Sozialtechnologien und Politiken der Sicherheit zu wenig oder gar nicht berücksichtigen (Browne 2015; Elliott-Cooper 2021; Singh 2017; Weheliye 2014; Danewid 2021; Howell und Richter-Montpetit 2019). Viele dieser neueren Arbeiten fokussieren dabei die Historizität sicherheitspolitischer Entwicklungen, wie sie sich im Bereich der Migrationsregime (Danewid 2021; Walia 2021; Squire 2020) sowie in Technologien der Kontrolle, der Einsperrung und Überwachung (Browne 2015; Benjamin 2019a, 2019b; Gilmore 2007; Davis 2003), des Polizierens (Alves 2018; Camp und Heatherton 2016; Bruce-Jones 2015; Elliott-Cooper 2021; Loick 2018; Thompson 2018), aber auch der Kriege und geopolitischen Konflikte niederschlagen (Riley, Mohanty und Pratt 2008; Mama und Okazawa-Rey 2012; für einen guten Überblick siehe Daniel et al. 2021). Sie diskutieren hierbei, nicht zuletzt aus feministischer Perspektive, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten thanatopolitischer Sicherheitsarchitekturen und Geographien der Gewalt im *racial capitalism* (Robinson 1983; Gilmore 2007 und in diesem Band; Bhattacharyya 2018).

Rassistuskritische und feministische Perspektiven auf Sicherheit, an die der vorliegende Band anknüpft, gehen insbesondere auf Debatten in den 1980er Jahren zurück – auch wenn feministische und anti-rassistische Kämpfe und Interventionen gegen Gewalt und für eine Praxis der Sicherheit verstanden in Begriffen der Sorge und Solidarität so alt sind wie feministische (Sauer 2018) und anti-koloniale Bewegungen selbst (Gilmore 2007; Davis 2003, 2005). Sie analysieren mit Bezug auf die Differentialität von Sicherheit beispielsweise Fragen, wie Gruppen in Diskursen um Sicherheit in rassistischer und vergeschlechtlichter Weise repräsentiert werden (Harders 2008; Nachtigall 2012) und wie Frauen und queere Personen in hegemoniale Sicherheitspolitiken und zur Legitimation von Militarisierung und militärischen Konflikten eingebunden werden (Mama/Okazawa Rey 2012; Uchendu 2007). Es werden die vergeschlechtlichten und rassifizierten Implikationen der Ausweitung von Straf- und Grenzregimen und Institutionen der Einsperrung im karzeralen Kapitalismus

(Wang 2018) untersucht, in nationaler und lokaler Hinsicht, aber auch entlang von Nord-Süd Stratifikationen (Sudbury 2005; Stanley/Smith 2015; Alves 2018; Walia 2021; Neuhauser/Hess/Schwenken 2016; IWS 2018). Aber auch feministische und antirassistische Mobilisierungen und Kämpfe gegen Krieg, Strafregime und staatliche Formen der Gewalt haben in den vergangenen Jahren vermehrt Aufmerksamkeit in der kritischen Sicherheitsforschung erfahren (Mageza-Bathel 2015; Scheiterbauer 2017 und in diesem Band; Hutta in diesem Band; Al-Ali 2009; Elliott-Cooper 2021; Thompson 2018 und in diesem Band); gleiches gilt für vermehrte Hinwendungen zu Strafregimen auch in feministischen und queeren Bewegungen (Haritaworn 2015; Bernstein 2012; Fütty 2019 und in diesem Band; Brazzell 2017a; Stanley/Smith 2015) sowie für die Analyse der intersektionalen Wirkweisen neuerer Technologien der Sicherheit und Überwachung (Browne 2015; Benjamin 2019a und 2019b; Schmidt 2020; Tuzcu 2017).

Dabei verweisen besonders abolitionistische Ansätze, die sich in unterschiedlicher Weise auf radikale Alternativen zur Strafgesellschafter konzentrieren, darauf, dass rassismuskritische und feministische Perspektiven nicht einfach additiv in Debatten um Sicherheit hinzugefügt werden könnten bzw. sollten. Stattdessen nehmen sie, oft in kritischer Auseinandersetzung mit marxistischen (Du Bois 1998; Gilmore 2007) und poststrukturalistischen (Browne 2015; James 1996) Theorien der Sicherheit, eine fundamentale Rekonzeptualisierung der politischen Kategorien und Konzepte von Sicherheit (wie auch dem Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit, sozialer Absicherung und Demokratie) vor. Rassismuskritische und feministische Ansätze zu Sicherheit diskutieren also radikale Neuausrichtungen von Sicherheit fernab der Idee einer schlichten Erweiterung von Sicherheitskonzepten und fragen danach, wie Sicherheit aus einer rassismuskritischen, feministischen und materialistischen Perspektive aussehen und verwirklicht werden kann. Solche Fragen und Versuche der Neuausrichtung rahmen die Beiträge in diesem Sammelband.

Die Entstehung und Umsetzung des vorliegenden Bandes blickt auf eine längere Geschichte zurück, die selbst von einschneidenden Entwicklungen und Ereignissen geprägt ist, welche die sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Relevanz einer kritischen Analyse von gegenwärtigen Sicherheitsdiskursen und -politiken aufzeigen. Am Anfang stand die Idee, das Thema der „Versicherheitlichung von Gesellschaft“ für die gemeinsame Jahrestagung der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der DGS, der Sektion Feministische Theorie und Geschlechterforschung der ÖGS und dem Komitee Geschlechterforschung der SGS im Jahr 2017 auszuwählen, auf die die Entstehung des Bandes zurück-

geht.² Als wir uns am Rande des DGS-Kongresses im September 2016 in Bamberg das erste Mal Gedanken über einen Themenschwerpunkt für die ein Jahr später folgende Jahrestagung machten, waren der Brexit und die Kandidatur Donald Trumps für das Amt des US-Präsidenten in aller Munde und der breitere Kontext dieser Ereignisse – ein generelles Erstarren rechts-nationalistischer, neofaschistischer und antifeministischer Bewegungen in Europa und den USA – beschäftigte die kritischen Sozialwissenschaften, einschließlich die Geschlechter-, Migrations- und Rassismusforschung, wie lange nicht mehr. Die Politisierung von Sicherheit und ihr Pendant, das gezielte Schüren von Unsicherheit und Verunsicherung, stellte sich dabei als wichtiger Bestandteil dieser politischen Wendungen dar, die – so konstatierten nicht wenige Zeitdiagnosen – als Symptome einer Krise des neoliberalen Kapitalismus in seiner demokratischen Verfasstheit zu verstehen seien.

Dass sich der liberal-demokratisch verfasste finanzmarktdominierte Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer strukturellen „Vielfachkrise“ (Demirović et al. 2011) befindet und dass es rechtspopulistische Akteure im Windschatten dieser Krise in vielen Ländern erfolgreich verstehen, das gegenhegemoniale Projekt eines national-autoritären und anti-demokratischen Neoliberalismus voranzutreiben, scheint in den kritischen Sozialwissenschaften auf breiten Konsens zu treffen. Deutlich wurde damit auch, dass wachsende Teile der Mehrheitsgesellschaft nicht auf solidarisch-emanzipative, sondern autoritär-repressive, maskulinistische und anti-feministische sowie migrationsfeindliche und nationalistisch-rassistische Antworten setzen, um den Verunsicherungen und Ängsten zu begegnen, die durch die globale Krise des neoliberalen Kapitalismus und die sie flankierenden Bedrohungsszenarien produziert werden (Demirović 2018; Hark/Villa 2015; Ludwig 2020; Sauer 2019). Doch welchen Stellenwert haben Diskurse und Politiken der Sicherheit und Versicherheitlichung in diesem Zusammenhang? Sind sie lediglich Symptome der besagten Vielfachkrise, einer multiplen Krise also, die ökonomischer wie politischer und sozialer Natur ist und die sich auf die Lebensweisen genauso wie auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse erstreckt? Oder sind Sicherheitspolitiken vielmehr selbst in diese Krisendynamiken ein-

2 Dieser Band ist jedoch kein klassischer Tagungsband. Etwa die Hälfte der Beiträge basiert auf Vorträgen, die im Rahmen der Tagung 2017 gehalten wurden, nachdem sie unter den Einsendungen im Rahmen eines Call for papers von den organisierenden drei Sektionen ausgewählt und eingeladen wurden. Vier weitere Texte wurden von den Herausgeber*innen nachträglich angefragt und zwei Autor*innen, die im Rahmen der Tagung als Diskutant*innen an einem Round Table teilnahmen, arbeiteten für den Band eigenständige Texte aus.

gelassen und mit ihnen verwickelt? Was passiert mit anderen Worten in dem Moment, wo Sicherheit als Diskurs, als Politik, als Technologie, auf den Plan tritt und zu einem ubiquitären Deutungsmuster und Lösungsansatz wird, mit dem gesellschaftliche Krisenprozesse interpretiert, subjektiv bewältigt, bürokratisch bearbeitet und politisch gesteuert und gestaltet werden? Und wie lassen sich aktuelle Verhandlungen von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen – von Rassismus, Antisemitismus und (Post-)Kolonialität, von Klassen-, Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen – durch das Prisma der Sicherheit dechiffrieren und analysieren? Lassen sich mit Hilfe eines *sicherheitskritischen* Analyseinstrumentariums Zusammenhänge zwischen einerseits den politischen Kämpfen und sozialen Verwerfungen in unseren krisengeschüttelten Gegenwartsgesellschaften mit andererseits den aktuellen Konjunkturen von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus/Anti-Feminismus und Homo- und Transfeindlichkeit besser verstehen und umfassender in den Blick nehmen? Wie sähe ein solches Instrumentarium aus?

Die Beiträge in diesem Band nähern sich diesen Fragen auf unterschiedliche Weise, mit verschiedenen theoretischen Ansätzen und im Hinblick auf disparate Entwicklungen und Problemstellungen. Ohne die Heterogenität der Texte überschreiben zu wollen, möchten wir auf den verbleibenden Seiten dieser Einleitung Konturen eines Analyserahmens für einen gesellschaftskritischen und mithin feministisch-theoretischen und rassismuskritischen Sicherheitsbegriff skizzieren, der in vielen der Beiträge ein (explizites oder implizites) Echo findet. Der Anspruch ist hierbei nicht, das gesamte disparate Feld der neueren kritischen Sicherheitsforschung systematisch zu vermessen, sondern drei Schwerpunkte der Analyse zu skizzieren, auf die sich dieser Sammelband konzentriert und die er miteinander zu verbinden sucht: (1) die gesellschaftstheoretische Rekonstruktion von Sicherheit als Leitmotiv kapitalistischer Vergesellschaftung, (2) die Analyse der differentiellen, gewaltvollen und potenziell tödlichen Struktur von Diskursen und Politiken der Sicherheit und (3) die Suche nach alternativen, weniger gewaltvollen Verständnissen und Praktiken der Sicherheit, wie sie in abolitionistischen, sorgezentrierten und transformativen Gerechtigkeitskonzepten aufscheinen, die in Schwarzen, dekolonialen, feministischen, queeren und trans Bewegungen entwickelt wurden.

Sicherheit als Leitmotiv und Machttechnologie kapitalistischer Gesellschaften

Sicherheit ist ein Leitmotiv der bürgerlichen Gesellschaft, das sowohl mit der Idee des Staates wie mit der Akkumulation und Reproduktion des Kapitals verflochten

ist (Neocleous 2008). „An den Begriff der Sicherheit geknüpft ist eine Denktradition, die Sicherheit mit staatlicher Gewalt, ökonomischer Entwicklung und individuellem Schutz in Verbindung bringt“ (Meyer 2009: 25). Für die klassischen Vertreter der liberalen Vertragstheorie (Thomas Hobbes, John Locke) stellt der Staat die einzige Instanz dar, die es vermag, umfassende Sicherheit herzustellen und zu garantieren. Dem Kontraktualismus liegt hierbei die Vorannahme einer allgemeinen Unsicherheit, eines „Krieg aller gegen alle“ (Hobbes 1994: 69), zugrunde, die Staat und Bevölkerung dazu veranlassen würden, einen „Sicherheitsvertrag“ (Foucault 2003: 498) abzuschließen. Dass die soziale Ordnung permanent gefährdet ist und dass die Legitimität des Staates daran gemessen wird, ob es ihm gelingt, diese Gefährdungen einzudämmen und für Sicherheit zu sorgen, bildet einen Leitgedanken des politischen Liberalismus und geht der demokratischen Staatsbegründung voraus. Mark Neocleous argumentiert vor diesem Hintergrund im Einklang mit Marx/Engels, dass nicht Freiheit, sondern Sicherheit die eigentliche Kernkategorie liberalen Denkens darstellt, sofern Sicherheit als Voraussetzung und „the foundation of freedom, democracy and the good society“ gedacht würde (Neocleous 2008: 4). Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, welches ihm zufolge weniger in einem Spannungsverhältnis steht als oft behauptet, steht hierbei bis heute im Mittelpunkt liberaler Staats- und Gesellschaftsverständnisse. In der bürgerlichen Gesellschaft komme dem Staat hiernach vorrangig die Aufgabe zu, die Freiheit der Einzelnen zu schützen und sich um die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen, indem diese nach innen (durch Recht und Ordnung) und nach außen (durch militärische Abwehr und notfalls Krieg) verteidigt würden. Im Gegenzug, so die politisch-liberale Idee des fiktiven Sicherheitsvertrags, seien Bürger*innen dazu bereit, ihre Freiheit in einem gewissen Umfang einzuschränken (z.B. durch die Abführung von Steuern, die Beachtung von Verkehrsregeln oder durch die Akzeptanz von freiheits- und mobilitätseinschränkenden Sicherheitsmaßnahmen während einer Epidemie). Liberale Theorien neigen dazu, das Problem des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit hieran anschließend auf eine Frage des richtigen Ausräumarierens zu reduzieren.

In deutlicher Absetzbewegung von der liberalen Vertragstheorie vertritt Michel Foucault mit seinem Theorem der „Gouvernementalisierung des Staates“ (Foucault 2006: 65) die These, dass sich Freiheit und Sicherheit in kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften nicht kontradiktisch, sondern *ko-extensiv* zueinander verhalten. Zwei Argumente sprechen für eine solche These: *Erstens* korreliert eine Maximierung und Ausweitung von individueller Freiheit – im

Liberalismus verstanden als das Recht, das Handeln am Prinzip der eigenen Nutzenmaximierung auszurichten – mit einer Maximierung und Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen, die dieses Recht ermöglichen, schützen und verteidigen sollen. Neben den individuellen Persönlichkeitsrechten geht es dem Liberalismus hierbei freilich insbesondere um die rechtliche Absicherung von Privatbesitz und der privaten Verfügung über Eigentum. Denn letztere bilden in der bürgerlichen Gesellschaft die materielle Bedingung für die Autonomie und Freiheit der Besitzenden. Nur unter diesen materiellen Bedingungen, die – worauf wir noch ausführlicher zurückkommen werden – Frauen, Besitzlosen, Lohnabhängigen, Versklavten und Kolonisierten historisch nicht nur unzugänglich waren, sondern auch auf ihrer intersektionalen Ausbeutung basieren –, lässt sich ein spezifisches (aber in der Moderne universalisiertes) Verständnis von Freiheit als Privatautonomie realisieren. Aus der Perspektive eines solchen Freiheitsverständnisses, das sich historisch und normativ im Kontext der kolonialen Moderne herausbildete, und das „im andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranken seiner Freiheit“ (Marx 1976: 365) erblicken lässt, tendiert dazu, Sicherheit anti-sozial zu definieren: als Absicherung und Schutz vor den Interessen und Ansprüchen der Anderen und VerAnderten. Hier wird deutlich, dass die Kopplung von Freiheit an Sicherheit folgenreich für das soziale Zusammenleben ist. Denn der liberale Sicherheitsstaat betrachtet Sozialität nicht als positive Ermöglichungsbedingung von Sicherheit, sondern, negativ gewendet, als Ansammlung von Unsicherheitsfaktoren, Risiken und potenziellen Bedrohungen, vor denen die Persönlichkeits- und Eigentumsrechte des (besitzenden) Individuums zu schützen sind. Durch die Brille eines solchen Sicherheitsstaates betrachtet sind gesellschaftliche Beziehungen immer und überall (potenziell) von Unsicherheit durchzogen; sie sind das schon deshalb, weil gegebene gesellschaftliche Ordnungen und Eigentumsverhältnisse permanent infrage gestellt und unterminiert werden.

Materialistisch und mit Marx und Foucault gedacht gibt es aber noch einen *zweiten Grund*, warum sich Freiheit und Sicherheit ko-extensiv zueinander verhalten. Hierfür ist es nützlich in Erinnerung zu rufen, dass Foucault die Sicherheit als spezifisch liberale Machttechnologie begriff, die er von dem souveränen Recht und der Disziplin als historisch älteren (aber wie im nächsten Abschnitt deutlich werden wird immer noch aktuellen und mit der Sicherheit ko-existierenden) Modi der Machtausübung unterscheidet. Eine gouvernementale, sich auf Techniken der Sicherheit stützende, liberale Regierungskunst entsteht historisch, als der Despotismus der souveränen Macht der Monarchien in eine schwere Krise gerät. Dies geschieht Foucault zufolge nicht etwa aufgrund eines universellen

„Fortschritts[s] des Humanismus“ (Foucault 2008: 33), sondern weil sich der territoriale Staat des Souveräns mit seiner abschöpfenden Steuerpolitik, seiner Rationalität des Verbots und seiner Priorisierung des Schutzes des Souveräns über den Schutz der Bevölkerung als ebenso ungeeignet erwies, den Interessen der aufsteigenden Klasse des Bürgertums zu dienen, wie der ressourcenverschwendende Verwaltungsstaat der Disziplinargesellschaft (vgl. Monod 2011: 102).³ Hier kommt für Foucault die Sicherheit als zentraler Baustein einer neuartigen liberalen Regierungskunst ins Spiel. In Abgrenzung vom Paradigma des ‘starken’ Staates orientiert sich diese Regierungskunst am Leitsatz des *Weniger-Regierens*, mit dem Ziel, staatliche Interventionen so weit wie möglich einzuschränken.⁴ Als Kritik an wirtschaftspolitischen Steuerprogrammen wie dem Merkantilismus, dessen Zweck vor allem dem Erhalt der Macht des Souveräns diene und dessen Instrumente „Gesetze, Erlasse, Verordnungen [...] die traditionellen Waffen der Souveränität waren“ (Foucault 2006: 154), entsteht eine politische Ökonomie, welche die Orientierung an den angeblich selbstregulativen Kräften des Marktes und der Bevölkerung zum Grundstein klugen Regierens erklärt. Die Aufgabe des Staates läge vor diesem Hintergrund darin, diese Selbstregulation zu ermöglichen, indem er die rechtlichen, politischen, polizeilichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die fortlaufende Kapitalakkumulation schafft.

Die Installation von Sicherheitsmechanismen in der Gesellschaft antwortet in dieser Perspektive auf Risiken, Unsicherheiten und Destabilisierungen, die mit der Entstehung und Expansion eines auf weniger Begrenzung, mehr Deregulierung, mehr Zirkulation, mehr Durchlässigkeit, mehr Austausch und Handel,

3 Dass die Krise der souveränen Gewalt nicht auf einen universellen Humanismus, sondern auf ganz und gar partikuläre Interessen zurückzuführen ist, wird allein dadurch bezeugt, dass dieselbe bürgerliche Gesellschaft, die sich mit ihren beiden Revolutionen (der politischen von 1789 und der industriellen im 19. Jahrhundert) selbst als Geburtsstunde der humanistischen Moderne zelebriert, außerhalb der europäischen Grenzen kolonialisiert, gemordet, verschleppt, versklavt hat (siehe u.a. Césaire 2001; Fanon 2020). Besonders Schwarze und postkoloniale materialistische und feministische Theorien führen aus, dass Plantagenökonomien und Kolonialismus sowie ihre vergeschlechtlichten Ordnungen die konstitutiven Bedingungen des Kapitalismus darstellen (u.a. Bhattacharyya 2018; Davis 2005; Robinson 1983; Rodney 2018; Spillers 1987). Dies bezieht sich jedoch nicht lediglich auf die Genese des Kapitalismus durch ursprüngliche Akkumulation, sondern darüber hinaus auf die Formen kapitalistischer Konjunkturen und Prozesse der Akkumulation, Enteignung, Gewalt und Unterdrückung (siehe u.a. Singh 2017).

4 Dass Foucault in seiner Machtanalyse die innere Beziehung von Kolonialität/Modernität (Quijano) sowie die differentiellen intersektionalen Funktionsweisen von Sicherheit weitestgehend außer Acht gelassen hat und dafür zu Recht kritisiert wurde, erläutern wir im folgenden Abschnitt.

mehr Mobilität angewiesenen Gesellschaftstyps einhergeht. Aus gesellschaftstheoretischer Sicht ist hierbei die Annahme wesentlich, dass diese Risiken und Unsicherheiten zwar existieren und nicht gelehnet werden können; sie sind jedoch nicht einfach gegeben, sondern in soziale Prozesse eingebettet, die sie selbst permanent hervorbringen.⁵ Der Zwangslage der Kapitalakkumulation kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu. So bringt diese durch eine permanente Zerstörung alter und Erschließung neuer Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital durch Landnahmen und Enteignungen zum einen beständig Umwälzungen in den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen mit sich, die destabilisierende Effekte auf die gesellschaftliche und räumliche Organisation und die sozialen Beziehungswelten haben. Zum anderen orientieren sich im Marktkapitalismus miteinander konkurrierende Einzelkapitale ohne Rücksicht auf langfristige Folgen (z.B. die Zerstörung von lebensnotwendigen Ressourcen) am Ziel kurzfristiger Verwertbarkeit und untergraben damit langfristig nicht nur ihr eigenes soziales und ökologisches Fundament, sondern auch das der Gesellschaft (Polanyi 1997) und ihres Demos (Brown 2015). Krisenhaftigkeit, soziale Verunsicherung und Destabilisierung sind somit permanente systemische Begleiterscheinungen des Kapitalismus, auf die Politiken der Sicherheit aufsetzen, um „sich auszudehnen“ und „immer weiträumigere Kreisläufe zu organisieren“ (Foucault 2006: 73). Ob in Form des Sozialversicherungsstaats, mit Mitteln der Kontrolle, Bestrafung und Einsperrung zur Herstellung von ‘innerer’ Sicherheit oder durch militärische Abschreckung und Absicherung ‘nach außen’ – Sicherheitstechnologien reagieren allerorts und überall auf die negativen Effekte einer von Konkurrenz- und Akkumulationszwang forcierten Entgrenzung ökonomischer Kreisläufe und Umwälzung sozialer Lebenswelten und werden damit zu zentralen Technologien der Restabilisierung und Reproduktion von sozialen (Eigentums-)Ordnungen und Herrschaftsverhältnissen. Aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive ist

5 Die gängige Unterscheidung in subjektive und objektive Unsicherheit ist insofern sozialwissenschaftlich irreführend, wie Krasmann et al. (2014: 16) hervorheben, da auch die objektive Un-/Sicherheit gesellschaftlich vermittelt ist und weil auch das Wissen und die Annahmen, auf deren Grundlage, Einschätzungen über Un-/Sicherheit getroffen werden, weniger objektiv als „objektiviert“ seien: „Die entscheidende Frage für die Analyse der „Konstruktionen von Un-Sicherheit“ ist dann, auf welchen Annahmen und welchem Wissen unsere Einschätzungen beruhen und welche Erfahrungen und Erwartungen unsere Sichtweisen und unser Handeln in der Antizipation von Gefahren und Bedrohungen in der Gegenwart anleiten. Das Wissen, das hier inspiert wird, ist also kein objektives Wissen im Sinne eindeutiger, einhelliger und kompilierbarer wissenschaftlicher Erkenntnis, vielmehr ein gesellschaftlich je objektiviertes Wissen, das sich in entsprechenden Diskursen, Techniken und Verfahren der Regierung von Sicherheit vermittelt.“ (ebd.)

‘Sicherheit’ somit kein neutraler oder universeller Wert und auch kein anthropologisches Grundgefühl, sondern „a mode of governing or a political technology of liberal order-building“ (Neocloesus 2011: 193). Die Macht des Sicherheitskonzepts und seiner vielfältigen Manifestationen, so lässt sich mit George Rigakos (2012) pointieren, speist sich demnach aus den Strukturen, die es zu erhalten und zu schützen erlaubt: herrschende Akkumulations- und Eigentumsverhältnisse, die Produktion und Verwaltung von (billigen und mobilen) Arbeitskräften, weiße Vorherrschaft, globale Ungleichheitsverhältnisse, männliche und heteropatriarchale Herrschaft.

Im Kontext eines neoliberalen Strukturwandels von Gesellschaft, Staat, Ökonomie und Öffentlichkeit seit den 1970er Jahren, der für viele der in diesem Band versammelten Texte einen gesellschaftstheoretischen Bezugspunkt darstellt, lässt sich die Ausdehnung von Sicherheitstechnologien auf verschiedenen Ebenen beobachten: (1) In *zeitlicher* Hinsicht werden soziale Verhältnisse durch die Wende hin zu *Prävention* und *Preparedness* bereits dann sicherheitspolitisch gestaltet und zum Gegenstand der Intervention gemacht, *weil* ein Risiko/Unsicherheitsereignis eintreten könnte, und nicht erst, wenn es eingetreten ist. Im Bereich der Kriminalität wird heute etwa zum großen Teil nicht mehr reaktiv, d.h. *post-crime* ein konkreter Gesetzesverstoß bearbeitet, sondern abstrakte Bedrohungen und Risiken fungieren als Ziel- und Handlungsfeld sicherheitstechnischen Handelns (Krasmann et al. 2014). Unter strukturell rassistischen Bedingungen bringt diese zeitliche Entgrenzung der Sicherheit u.a. institutionelle Praktiken wie das *racial profiling* mit hervor, auf das wir noch genauer eingehen werden.⁶ Die Kernproblematik der vorbeugenden zeitlichen Ausdehnung von Sicherheit auf eine noch nicht eingetretene Zukunft ist die damit einhergehende Zementierung eines grundsätzlich negativen Verständnisses von Sicherheit, das die Spirale der Versicherheitlichung beständig antreibt: „Prävention kennt [...] Sicherheit nur als Ausbleiben von Verbrechen und Gewalt, aber dieses Fehlen positiver Zielvorstellungen führt dazu, dass die präventiven Anstrengungen sich tendenziell schrankenlos ausweiten. [...] Greifbar [ist] Sicherheit [...] nur im Modus ihrer

6 Gleichzeitig weisen besonders die Theorien und Archive von Schwarzen sowie Rom*nja und Sinti*zze Personen darauf hin, dass gewisse Formen des *racial profiling* und weitere Techniken des prädiktiven Polizierens zur Einhegung von Mobilität, Aufständen und Rebellionen sowie die Einschreibung von Kriminalität zur Aufrechterhaltung von Plantagenökonomien und Ausbeutungsstrukturen auch schon vor dieser zeitlichen Wende wirksam waren.

Abwesenheit – als affektiv hoch aufgeladener Mangel oder Lücke“ (Bröckling 2012: 94).

(2) Eine Ausdehnung von Sicherheit findet auch in dem Sinne statt, dass in den letzten Jahrzehnten *soziale* Konflikte und *politische* Probleme zunehmend als Sicherheitsrisiken reformuliert wurden – ein Phänomen, das historisch nicht neu ist (auch vor der karzeralen Wende wurden arme und rassifizierte Gruppen sowie soziale Bewegungen bereits als ‘Sicherheitsrisiko’ konstruiert und poliziert, vgl. u.a. Camp 2016; Danewid 2021), das seit den 1990er Jahren jedoch systematischer vorangetrieben und auf weitere gesellschaftliche Gruppen ausgedehnt wurde. Sichtbar werden diese Verschiebungen etwa in den Bereichen von Armut und Migration, wo staatliches Agieren heute noch weniger auf die strukturelle Beseitigung von Armutrisiken und die Bekämpfung von Ursachen von unfreiwilliger Migration (wegen Krieg, Umweltkatastrophen und den negativen Konsequenzen einer vom globalen Norden dominierten Weltwirtschaft) abzielt, sondern sich an sicherheitslogischen Rationalitäten des Managements, der Kontrolle, Kriminalisierung und Bestrafung von Armen und Migrant*innen orientiert sowie transformative soziale Bewegungen konjunkturell einhegt (Wacquant 2010; Gilmore 2007; Hall et al. 1979; Camp 2016).⁷ Die Rekodierung von politischen und sozialen Verhältnissen durch Sicherheit ist ubiquitär und verschiebt – etwa wenn Welthunger als Ernährungssicherheit reformuliert oder Drogengebrauch als Problem für die nationale oder kommunale Sicherheit rekodiert wird – nicht nur Deutungen und Ursachenanalysen, sondern bewirkt auch eine Ausweitung von Zuständigkeiten für bestimmte Fragen und Probleme auf Polizei und Militär. Immer mehr neue Bereiche werden auf diese Weise sicherheitstechnologisch erschlossen, die zuvor nicht explizit in Sicherheitstermini verhandelt wurden. Dadurch gibt es eine Multiplikation von Anschlussmöglichkeiten für Sicherheitsregime, so auch in den Bereichen Umwelt und Klima, Datenverkehr und mittels der Konstrukte der zivilen und der menschlichen Sicherheit (civil security und human security) (Krasmann et al. 2014). Sicherheit fungiert hier immer auch als Vermittlungsinstanz, die verschiedene Themen und Politikfelder miteinander verschaltet, etwa wenn eine restriktivere Migrationspolitik mit Verweis auf die Sicherheit einer nationalen Gemeinschaft vor terroristischen

7 Ida Danewid hat das komplizierte Verhältnis von Wandel und Kontinuitäten in der Straf- und Sicherheitsgesellschaft jüngst erneut adressiert und hierbei auf die Aufgabe kritischer Sicherheitsforschung hingewiesen, die rassistische Struktur von Sicherheitsregimen analytisch nicht in Begriffen und Theorien des Ausnahmezustands, sondern im Kontext der historischen und hegemonialen Durchsetzung von kolonialen Strukturen und weißer Vorherrschaft im racial capitalism zu fassen (Danewid 2021: 5).

Gefahren legitimiert, oder wenn eine neo-malthusianische Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik, die globalen Nord-Süd-Verhältnisse im Interesse des Nordens reguliert, mit Verweis auf Ernährungssicherheit und Klimaschutz operiert (Wilson 2017; Schultz 2020).

(3) Schließlich findet auch eine Ausdehnung von Praktiken und Diskursen der Sicherheit im Sinne einer Dezentrierung und Diversifizierung statt: Der Staat ist nicht mehr der alleinige Produzent von Sicherheit, sondern teils übernehmen NGOs und Privatunternehmen zunehmend Sicherheitsaufgaben (oft in Partnerschaft mit Staat) und teils gibt es im Kontext von Strategien der Responsibilisierung und lokalen Territorialisierung eine stärkere Indienstnahme von Zivilgesellschaft und Individuen, Unsicherheiten zu bekämpfen und Risiken zu vermeiden (z.B. beim Konzept der zivilen Sicherheit, aber natürlich auch in dem Bereich der sozialen Daseinsvorsorge und bei der Entwicklung neuer Techniken der Regierung von sozialen Nahräumen und des *community policing*) (Krasmann et al. 2014). Die Dezentrierung des Sicherheitsstaates und die damit einhergehende Bewegung hin zu einem „security industrial complex“ (Jones 2017), der global, national und lokal verankert ist, und Sicherheit kommodifiziert und fetischisiert, bedeutet nicht, dass sich staatliche Souveränität auflöst. Die von Foucault beschriebene Gouvernentalisierung des Staates bringt, im Gegenteil, eine Regierung durch Sicherheit hervor, die staatliches Handeln nicht schwächt oder einschränkt, sondern auf extra-legale Bereiche ausdehnt und damit stärkt (Butler 2005).

Im Namen der Sicherheit wird überwacht, bestraft, sanktioniert, enteignet, kontrolliert und Gewalt bis hin zum Sterben-Lassen und Töten legitimiert. Gesellschaftstheoretisch lässt sich Sicherheit daher zusammengefasst als ein Mechanismus verstehen, der eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung nicht nur schützt und verteidigt, sondern immer auch mit herstellt und gestaltet – und das in der Regel nach dem Bild und entlang der Interessen der Herrschenden. Diskurse und Politiken der Sicherheit wenden sich damit nicht zuletzt auch *gegen* soziale Bewegungen und transformative Bestrebungen, welche die Grundprinzipien hegemonialer Sicherheit/Versicherheitlichung infrage stellen, zu überwinden suchen und damit häufig selbst als Sicherheitsrisiko oder Bedrohung für die soziale Ordnung und Gemeinschaft gerastert werden (vgl. Camp 2016; Manolov/Rigakos 2012).⁸ Eines dieser Grundprinzipien, das die hegemoniale Logik der Sicherheit in

8 Rigakos versteht die Pazifizierung/Befriedung von Revolten und Widerständen gegen die mit Zwang, Gewalt und Enteignung einhergehende Durchsetzung von kapitalistischen Akkumulationsverhältnissen als zentralen ‘Arm’ der Versicherheitlichung: „That is, when security was beginning to be understood as a liberal, governmental ideal – as an organizing principle of power as we have inherited it today – it was bound up with the control

kapitalistischen Gesellschaften durchzieht und das soziale Bewegungen nicht erst seit *Black Lives Matter* und der Selbstorganisation von Geflüchteten in Europa skandalisieren, ist die differentielle (Loick 2018) und potenziell tödliche Struktur moderner Sicherheitsregime.

Sicherheit als differentielles und tödliches gesellschaftliches Machtverhältnis

Eine machtanalytische Reformulierung des Sicherheitsbegriffs rückt immer auch die gesellschaftlichen Prozesse der Stratifizierung, Kriminalisierung, Klassifizierung, Tötung und Ausbeutung in den Blick, auf denen die Implementierung von Sicherheitsmechanismen differentiell beruht. Sie geht der Frage nach, *wessen* Sicherheit stets hergestellt und realisiert wird, und wessen Wahrnehmungen von Unsicherheit in Diskursen und Praktiken der Versicherheitlichung zentriert, naturalisiert und legitimiert werden. Feministische Auseinandersetzungen um Sicherheit haben hier vergeschlechtlichte Formen der Gewalt mit Bezug auf staatliche Strukturen analysiert und die „systematische physische, aber auch ökonomische, soziale und reproduktive Unsicherheit und potenzielle Gewaltbetroffenheit von Frauen [...] als zentrale Dimensionen moderner Staaten verstanden“ (Sauer 2018: 116). Besonders die patriarchale Struktur staatlicher Formationen wurde kritisiert und die Produktion von Unsicherheit und Gewalt auch in und durch staatliche Institutionen in den Blick genommen. Auf der Grundlage einer multi-direktionalen Perspektive und in Anlehnung an einerseits antikoloniale Bewegungen und theoretische Betrachtungen zu Sicherheit (Fanon 2020; Rodney 2018) sowie andererseits an feministische Debatten zu Sicherheit haben vor allem Schwarz-feministische, postkoloniale, migrantische, queer of color und queer-feministische Theoretiker*innen die differentiellen Funktionsformen von Sicherheit entlang der Artikulation intersektionaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften analysiert. Sie zeigen auf, dass Sicherheit als Machttechnologie in Form von bzw. in Kombination mit Techniken des Klassifizierens, Ordnen, Beobachtens, Überwachtens, Rasterns, Berechnens, Kontrollierens, Rechtsprechens, Bestrafens etc. innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hierarchische soziale Beziehungen und Subjektivierungsformen konstituiert und reproduziert (Mama 1993; Benjamin

of colonial subjects, the creation of productive labour, the accumulation of wealth and the ideological fabrication of a social order in line with capitalist interests. Pacification was the operational arm of primitive accumulation and, of course, it still is.“ (Manolow/Rigakos 2012: 24)